

Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug e. V.

An den Vorsitzenden des
Rechtsausschusses
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

| | | | |
|--------------------------------|---------------|-----|-----|
| Sekretariat Rechtsausschuss | | | |
| Eing.: 24. April 2005 | | | |
| Az.: 564 | | | |
| EU | RLn | Ref | Ref |
| Klaus | [Handwritten] | | |

Vorstand:

LtdRegDirektor Klaus Winchenbach, 1. Vorsitzender
Marienschloß 1, 35519 Rockenberg
☎ 06033/998-201 ☎ 06033/998-302
✉ winchenbach@online.de

Richter am AG Thomas Ullenbruch, 2. Vorsitzender
Karl-Friedrich-Straße 25, 79312 Emmendingen
☎ 07641-450-236 ☎ 07641-450-196

RegDirektorin Beate Wüstenbecker, 3. Vorsitzende
Hirschberg 9, 58730 Fröndenberg
☎ 02373/758-201 ☎ 02373/758-220

RegDirektor i.R. Dr. Rolf Herrfahrt, Schriftführer
Fiernhagen 52, 30823 Garbsen
☎ 0513776744

RegDirektor i.R. Josef Paintner, Schatzmeister
Einsteinstraße 8 a, 63741 Aschaffenburg
☎ 06021/425490 ✉ josef.paintner@freenet.de

Butzbach d.20.04.06
1. OH ✓ 26.8.06
2. Aut. abh

Betr.: Vorgesehene Verfassungsänderung des Art.74 Abs.1, Nr.1 GG

hier Öffentliche Anhörung am 17.05.06

Bezug: Einladungsschreiben vom 11.04.06

Anlg.: Rundschreiben u.
Stellungnahme vom Februar 2006

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schmidt
Zur Vorbereitung auf die Anhörung am 17.05.06 bitte ich die anliegend beigefügten Verlautbarungen der Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug e.V. den Mitgliedern des Rechtsausschusses zugänglich zu machen.
Mit freundlichen Grüßen

Klaus Winchenbach
Klaus Winchenbach
1.Vorsitzender

Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug e. V.

An das
Bundesjustizministerium
die Justizministerien der Länder
die Mitglieder des Rechtsaus-
schusses des Bundestages
die Fraktionen des Bundestages

Vorstand:

LtdRegDirektor Klaus Winchenbach, 1. Vorsitzender
Marienschloß 1, 35519 Rockenberg
☎ 06033/998-201 ☎ 06033/998-302
✉ k.winchenbach@jva-rockenberg.hessen.de

Richter am AG Thomas Ullenbruch, 2. Vorsitzender
Karl-Friedrich-Straße 25, 79312 Emmendingen
☎ 07641-450-236 ☎ 07641-450-196

RegDirektorin Beate Wüstenbecker, 3. Vorsitzende
Hirschberg 9, 58730 Fröndenberg
☎ 02373/758-201 ☎ 02373/758-220

RegDirektor i.R. Dr. Rolf Herrfahrdt, Schriftführer
Fiernhagen 52, 30823 Garbsen
☎ 0513776744 ☎

RegDirektor i.R. Josef Paintner, Schatzmeister
Einsteinstraße 8 a, 63741 Aschaffenburg
☎ 06021/425490 ✉ josef.paintner@freenet.de

Rockenberg, im Februar 06

Betr.: Vorgesehene Verfassungsänderung des Art.74 Abs.1, Nr.1 GG

hier

Bezug: Beratung im Bundestag und Bundesrat am 10.03.06

Anlg.: Resolution vom 29.04.05
Stellungnahme vom Februar 2006

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug e.V., der der überwiegende Teil aller Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter der Bundesrepublik Deutschlands angehören, hatte in ihrer Resolution vom 29.04.05 in Bautzen dringend vor der damals in der Föderalismusvereinbarung vorgesehenen Gesetzgebungskompetenzverlagerung für den Strafvollzug auf die Länder unter Darlegung der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die Praxis gewarnt.

Das Bundesjustizministerium bestätigte mit Schreiben vom 23.05.05, dass die damalige Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen der Föderalismuskommission angeboten hatte die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug (nicht für den U-Haftvollzug) auf die Länder zu übertragen und zum Ausdruck gebracht, dass „eine Regionalisierung des Strafvollzugsrechts vertretbar erscheine“. Weiter heißt es in dem Schreiben, daß ein „Auseinanderdriften landesrechtlicher Regelungen auf Grund der verfassungsrechtlichen Vorgaben- der

Grundrechte und insbesondere des Resozialisierungsgebots- für ausgeschlossen erachtet werde.“

Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Äußerungen prominenter Landesjustizpolitiker widersprechen entschieden der vom BMJ geäußerten Erwartung. Vielmehr ist hiernach davon auszugehen, dass sich die bisher nach dem einheitlichen Strafvollzugsgesetz ausgerichtete Strafvollzugspraxis sowohl in der Grundausrichtung als auch in Einzelbereichen (Lockerungen, Urlaub ,offener Vollzug, Unterbringungsstandards ua) je nach landespolitischer Vorgabe und ggf, Finanzlage eines Landes erheblich unterscheiden wird.

Auf die hiesige Resolution vom 29.04.05 wurde (mit einer Ausnahme) weder von den Justizverwaltungen der Länder noch von den Vertretern der politischen Parteien im Bundestag reagiert. Dies lässt den Schluss zu, dass entweder gegen die von der Wissenschaft und Praxis vorgetragene Argumente gegen die geplante Verfassungsänderung Essentielles nicht erwidert werden kann, oder man hofft durch Nichtbeachtung –der Stellenwert des Strafvollzuges ist in der gesamtpolitischen Konstellation ohnehin marginal- einer öffentlichen Erörterung aus dem Wege zu gehen.

Die von führenden Politikern der Großen Koalition ausgegebene Weisung das Föderalismuspaket dürfe unter keinen Umständen aufgeschnürt und müsse unverändert durch entschieden werden, darf nicht dazu führen, dass die bei Umsetzung der Verfassungsänderung zu erwartenden Auswirkungen zuvor nicht dargestellt werden und die Abgeordneten sich damit nicht auseinandersetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Winchenbach
1. Vorsitzender

Verteiler.

dpa

Spiegel

Südd.Zeitung

FAZ

Fr. Rundschau

Berliner Zeitung

Tagesspiegel

ARD

ZDF

Die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug muß beim Bund bleiben

Mit großer Sorge verfolgt die Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug e.V. die Bestrebungen, die Gesetzgebungskompetenz für den Justizvollzug trotz einhelliger Ablehnung in Wissenschaft und Praxis vom Bund auf die Länder zu übertragen.

Das im modernen Strafvollzug Erreichte darf nicht unter Missachtung aller fachlichen Argumente auf dem Altar der Föderalismusreform geopfert werden.

Die Bundesvereinigung als Vertreterin nahezu aller Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter Deutschlands hält es für unerlässlich, nochmals auf die dramatischen Konsequenzen einer solchen Neuregelung hinzuweisen:

- Das deutsche Strafvollzugssystem hat sich bewährt. Es gilt weltweit als wegweisend. Dies war nur möglich auf der Grundlage des 1977 in Kraft getretenen Bundesgesetzes, das erhalten bleiben muss. Ein Strafvollzugssystem mit sechzehn verschiedenen Landesgesetzen kann nicht beispielgebend sein. In Zeiten europäischer Bemühungen um Vereinheitlichung des Rechts wäre der Rückfall in Kleinstaaterei anachronistisch und grotesk.
- Die Argumente der Befürworter einer Kompetenzverlagerung überzeugen uns nicht:
 - > „Mehr Sicherheit für weniger Geld!“
Dies geht nicht. Spürbare Einsparungen kann der Staat nur durch Verringerung der Personalkosten erreichen. Die Folgen wären weniger, geringer bezahltes und schlechter ausgebildetes Personal. Nach allen Erfahrungen verschlechtert dies die Sicherheitslage in unseren Anstalten empfindlich; Gewalt, Ausbrüche und Unruhen sind zu befürchten.
 - > „Berücksichtigung landesspezifischer Unterschiede!“
Ob in Bayern oder in Berlin, ein Jahr Freiheitsstrafe bleibt ein Jahr Freiheitsstrafe. Landesspezifische Unterschiede rechtfertigen nicht eine Zersplitterung des Strafvollzugsrechts durch landesrechtliche Zuständigkeiten. Im Gegenteil: Das Strafvollzugsgesetz ist konsequenter Abschluss der bereits 1871 eingeleiteten Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiet der gesamten Strafrechtspflege.
 - > „Größere Handlungsfähigkeit der Länder!“
Darin steckt weniger eine Chance als eine Gefahr, denn es drohen vorschnelle populistische Gesetzesänderungen. Das Verfassungsgebot der Resozialisierung ist ein hoher Wert. Nunmehr droht, dass es durch solche Entscheidungen langfristig ausgehöhlt wird, und dies in einer Zeit, in der gerade der Verlust von Werten beklagt wird.
 - > „Abbau von Bürokratie“!
Auch dieses Versprechen wird nicht zu halten sein. Im Gegenteil: Anstelle eines Bundesgesetzes müssten sechzehn neue Landesgesetze und eine Vielzahl von Verwaltungsvorschriften formuliert und verabschiedet bzw. erlassen werden. Die Rechtszersplitterung erschwert die auch weiterhin notwendige Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und veranlasst darüber hinaus zusätzliche Kooperationen. Die Aufblähung der Bürokratie in jedem Bundesland droht als zwingende Folge.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, die Verlagerung der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug zu überdenken und sich durch eine Anhörung von Experten im Bundestag beraten zu lassen.

MODUS = SPEICHER-ÜBERTRAGUNG

START=26-APR 16:58

ENDE=26-APR 18:24

DATEI-NR.=200

| STN-NR. | KOMM. | ZW/KW | NAME/RUFNUMMER | SEITEN | DAUER |
|---------|-------|-------|-----------------|---------|----------|
| 001 | OK | [001] | DR. GEHB | 004/004 | 00:01:21 |
| 002 | OK | [002] | GEIS | 004/004 | 00:01:22 |
| 003 | OK | [003] | GRANDLD | 004/004 | 00:01:22 |
| 004 | OK | [004] | GROSSE-BROEMER | 004/004 | 00:01:22 |
| 005 | OK | [005] | KAUDER | 004/004 | 00:01:22 |
| 006 | OK | [006] | KRINGS | 004/004 | 00:01:22 |
| 007 | OK | [007] | MERZ | 004/004 | 00:01:52 |
| 008 | OK | [008] | RAAB | 004/004 | 00:01:22 |
| 009 | OK | [009] | SCHMIDT | 004/004 | 00:02:12 |
| 010 | OK | [010] | VOSSHOF | 004/004 | 00:02:29 |
| 011 | OK | [011] | WANDERWITZ | 004/004 | 00:01:22 |
| 012 | OK | [012] | BENNETER | 004/004 | 00:01:22 |
| 013 | OK | [013] | BRINKMANN | 004/004 | 00:02:36 |
| 014 | OK | [014] | DR. DANCKERT | 004/004 | 00:01:22 |
| 015 | OK | [015] | DR. DRESSEL | 004/004 | 00:01:21 |
| 016 | OK | [016] | KROENING | 004/004 | 00:01:47 |
| 017 | OK | [017] | LAMBRECHT | 004/004 | 00:01:22 |
| 018 | OK | [018] | MANZEWSKI | 004/004 | 00:02:03 |
| 019 | OK | [019] | DR. MIERSCH | 004/004 | 00:01:21 |
| 020 | OK | [020] | SCHIEDER | 004/004 | 00:01:21 |
| 021 | OK | [021] | STRAESSER | 004/004 | 00:01:21 |
| 022 | OK | [022] | STUENKER | 004/004 | 00:01:21 |
| 023 | OK | [023] | DYCKMANS | 004/004 | 00:01:21 |
| 024 | OK | [024] | VAN ESSEN | 004/004 | 00:01:22 |
| 025 | OK | [025] | LEUTH.-SCHNARR. | 004/004 | 00:01:21 |
| 026 | OK | [026] | DAGDELEN | 004/004 | 00:01:21 |
| 027 | OK | [027] | MAURER | 004/004 | 00:01:21 |
| 028 | OK | [028] | NESKOVIC | 004/004 | 00:01:21 |
| 029 | OK | [029] | MONTAG | 004/004 | 00:01:22 |
| 030 | OK | [030] | STROEBELE | 004/004 | 00:01:47 |
| 031 | OK | [031] | WIELAND | 004/004 | 00:01:21 |

-RECHTSAUSSCHUSS -

***** - ***** +49 30 227 36402- *****

**Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter
im Justizvollzug e. V.**

An den Vorsitzenden des
Rechtsausschusses
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin

Vorstand:

LtdRegDirektor Klaus Winchenbach, 1. Vorsitzender
Marienschloß 1, 35519 Rockenberg
☎ 06033/998-201 ☎ 06033/998-302
✉ winchenbach@online.de

Richter am AG Thomas Ullenbruch, 2. Vorsitzender
Karl-Friedrich-Straße 25, 79312 Emmendingen
☎ 07641-450-236 ☎ 07641-450-196

RegDirektorin Beate Wülstenbecker, 3. Vorsitzende
Hirschberg 9, 58730 Fröndenberg
☎ 02373/758-201 ☎ 02373/758-220

RegDirektor i.R. Dr. Rolf Herrfahrdt, Schriftführer
Fiernhagen 52, 30823 Garbsen
☎ 0513776744 ☎

RegDirektor i.R. Josef Paintner, Schatzmeister
Einsteinstraße 8 a, 63741 Aschaffenburg
☎ 06021/425490 ✉ josef.paintner@freenet.de

EINGEGANGEN
24. April 2006
Andreas Schmidt, MdB

Sekretariat
Rechtsausschuss

Eing.: 24. April 2006
Az.: 564

| | | | |
|----------|----------|-----|-----|
| BU | RL'n | Ref | Ref |
| <i>W</i> | <i>W</i> | | |

Butzbach d.20.04.06 ^{1. OH}
2. Aufl. abh

Betr.: Vorgesehene Verfassungsänderung des Art.74 Abs.1, Nr.1 GG

hier Öffentliche Anhörung am 17.05.06

Bezug: Einladungsschreiben vom 11.04.06

Anlg.: Rundschreiben u.
Stellungnahme vom Februar 2006